

AK-Fakten öffentliche Finanzen 2025

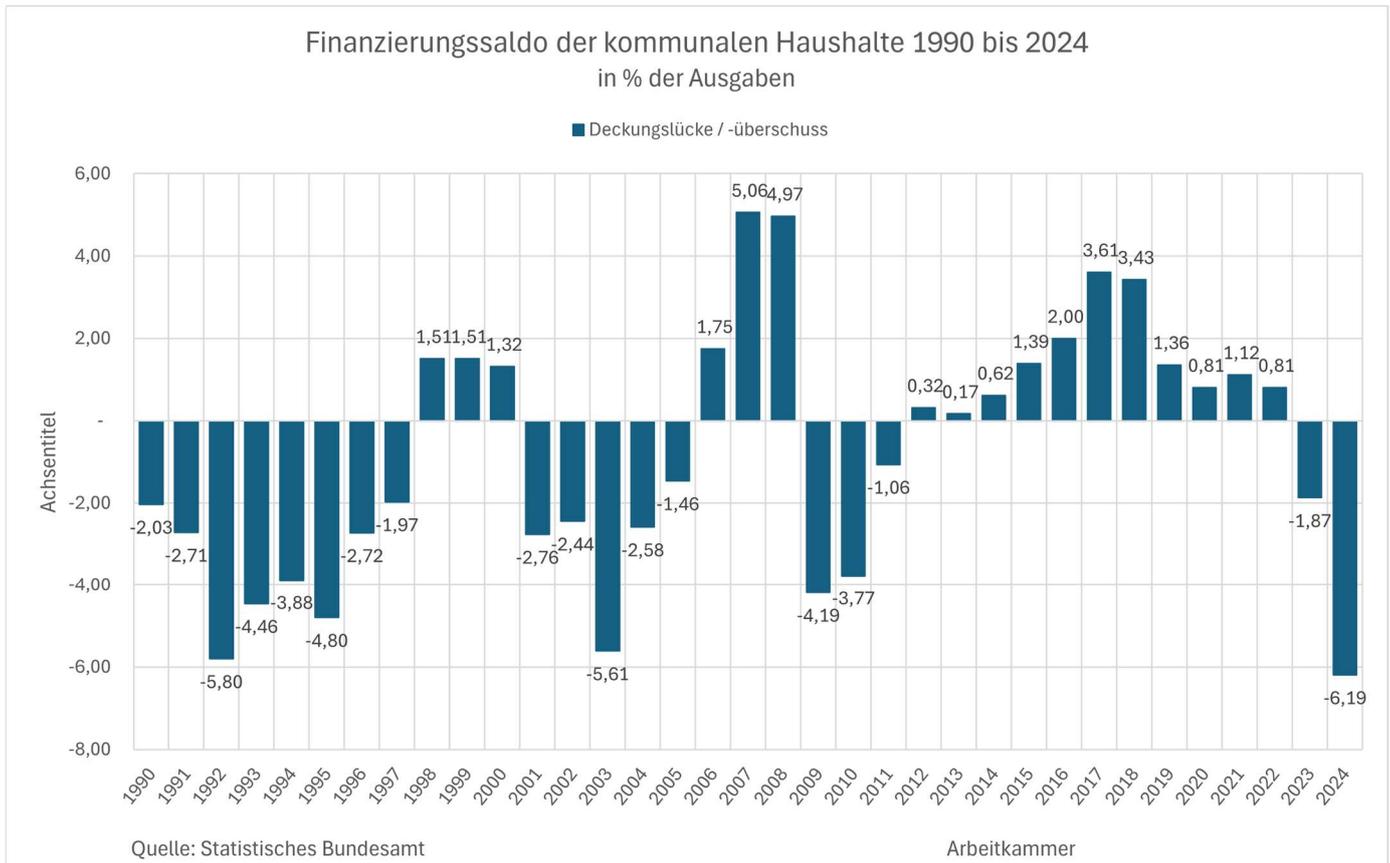
Daseinsvorsorge in Gefahr: Prekäre Finanzsituation der Kommunen und Land mit wenig Handlungsspielraum außerhalb des Transformationsfonds

Die finanzielle Situation der Kommunen hat bundesweit zu Beginn des Jahres 2025 für Schlagzeilen gesorgt. Ein historisch negativer Finanzierungssaldo von deutschlandweit durchschnittlich 6,19 % zeigt die Überlastung der kommunalen Haushalte, die auch im Jahr 2025 andauern dürfte. Im Saarland darf von Landesseite keine fundamentale Änderung der kommunalen Finanzsituation erwartet werden. Das Land kämpft mit sinkenden Steuereinnahmen und die politische Gestaltung beruht weitgehend auf den Mitteln aus dem Transformationsfonds.

1. Die deutschen Kommunen weisen den seit 1990 größten negativen Finanzierungssaldo von -6,19 % auf. Das bedeutet, dass 6,19 % der Ausgaben nicht aus regulären Einnahmen gedeckt sind. Verantwortlich dafür sind stark gestiegene Ausgaben in den Bereichen Soziales und Personal sowie stagnierende bzw. zurückgehende Einnahmen.
2. Die saarländischen Kommunen haben weniger hohe negative Finanzierungssalden als die Kommunen in anderen Ländern. Während in anderen Ländern die Kommunen weiterhin relativ hohe Investitionen tätigen, liegen diese bei den saarländischen Kommunen seit mehr als einem Jahrzehnt auf niedrigem Niveau.
3. Die gestiegenen Ausgaben und stagnierenden Steuereinnahmen haben bei allen Kommunen in Deutschland zu einem Anstieg der Schulden geführt. Insbesondere Kassenkredite werden verstärkt in Anspruch genommen. Der Schuldenanstieg im Saarland ist dagegen moderat und die Kassenkredite der Kommunen konnten im Saarland sogar weiter zurückgeführt werden.
4. Während das kommunale Investitionsniveau im Saarland zwar überdurchschnittlich stieg, bleibt es immer noch 50 % unter dem Flächenländerdurchschnitt. Das Investitionsvolumen des Landes macht dank der Bewilligungen im Transformationsfonds einen gewaltigen Sprung nach oben und liegt im Jahr 2024 13 % über dem Länderdurchschnitt.
5. Während die Steuereinnahmen in der Konjunkturflaute im Länderdurchschnitt nur um 3,4 % anwachsen, zeigen sich im Saarland die negativen Effekte von schwacher Konjunktur und Transformation überdeutlich: Die Steuereinnahmen des Landes brachen 2024 um 13,2 % gegenüber 2023 ein und das Saarland ist Schlusslicht unter den Ländern bei den Steuereinnahmen je Einwohner.
6. Wie auch viele andere Länder verzeichnet das Saarland im Jahr 2024 einen Schuldenanstieg. War in den Jahren 2022 und 2023 im Saarland und in vielen anderen Bundesländern auch eine Rückführung der Schulden gelungen, setzt nun ein gegenteiliger Trend ein.
7. Für die Landesfinanzen muss befürchtet werden, dass mit Auslaufen des Transformationsfonds 2028 wieder erhebliche finanzielle Restriktionen entstehen, die derzeit von den Mitteln aus dem Transformationsfonds überdeckt werden. Hier bleibt zu hoffen, dass dann erste Wirkungen der Investitionen des Transformationsfonds in Form erhöhter Steuereinnahmen greifen werden.

1. Finanzierung der kommunalen Aufgaben in Gefahr

Mit dem seit 1990 größten negativen Finanzierungssaldo von bundesweit 6,19 % stellt sich die kommunale Finanzsituation in Deutschland flächendeckend als prekär dar. Ein negativer Finanzierungssaldo von 6,19% bedeutet, dass 6,19 % der Ausgaben nicht durch reguläre Einnahmen gedeckt sind. Vielmehr müssen von den Kommunen finanzielle Reserven aufgelöst oder Kredite aufgenommen werden. Im Jahr 2024 betrug die absolute Summe dieser anderweitig zu finanzierenden Deckungslücke 24,8 Mrd. Euro, fast eine Vervielfachung zu 2023 (6,3 Mrd. Euro).

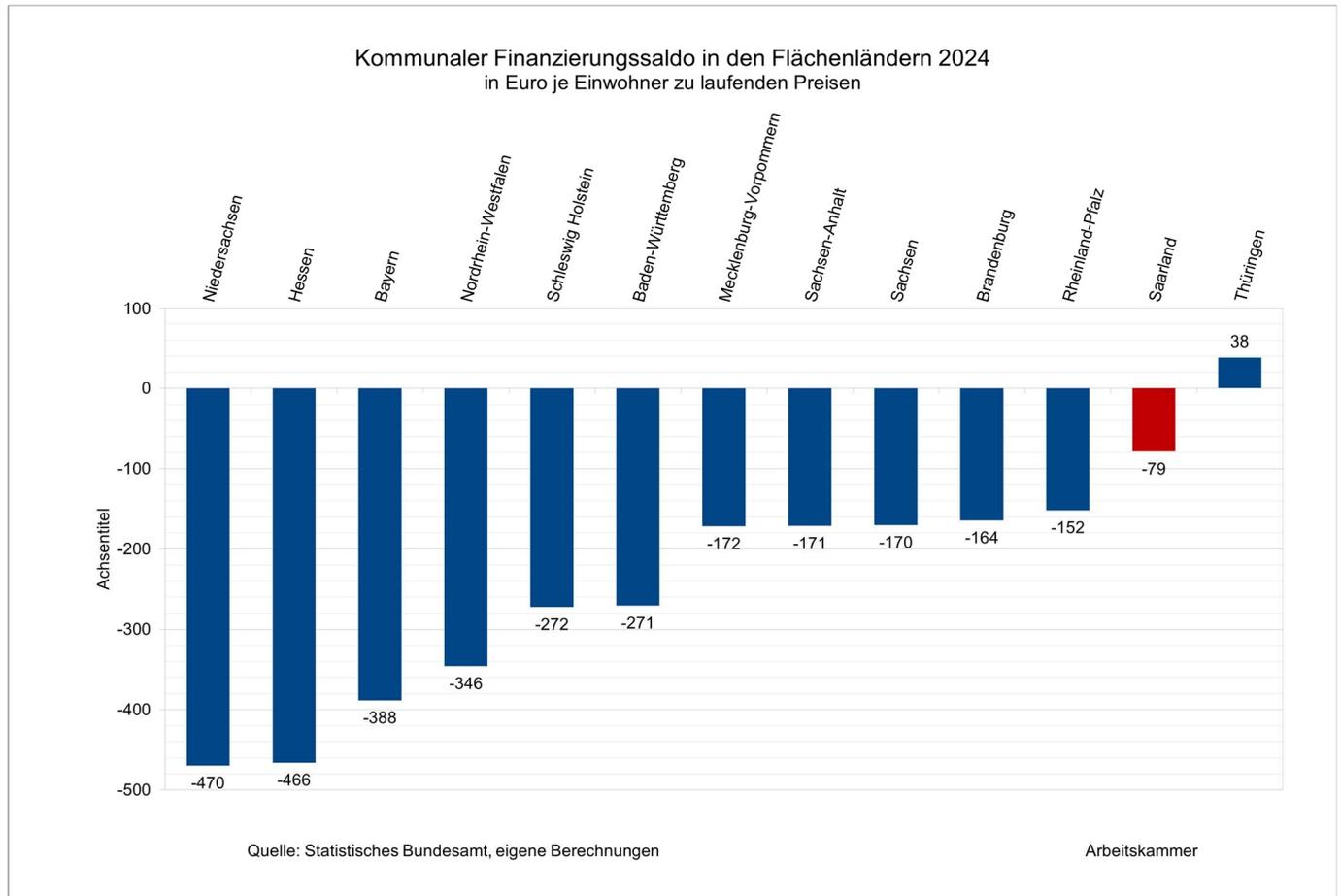


In dieser Berechnung wurden Kern- und Extrahaushalte (kommunale Betriebe und Sondervermögen) zusammen betrachtet. Treiber sind vor allem die gestiegenen Ausgaben in den Kernhaushalten: der Anstieg der Sozialleistungen um 11,7 % (absolut 8,9 Mrd. Euro) und der Personalausgaben um 8,9 % (absolut 7,2 Mrd. Euro). Mit den Sozialausgaben stehen wieder auf Bundesebene veranlasste Entscheidungen im Zentrum der kommunalen Finanzknappheit.

Grundsätzlich ist die derzeitige Praxis des Konnexitätsprinzips zu hinterfragen: Weil die kommunale Ebene für den Verwaltungsvollzug zuständig ist, muss sie auch die Kosten tragen. Da es sich jedoch um bundespolitische Entscheidungen handelt, wäre von der Bundesebene auch eine entsprechende Kostenübernahme zu fordern. Eine entsprechende Einigung zum Konnexitätsprinzip steht jedoch weiterhin aus.

Die Einnahmen der Kommunen haben 2024 stagniert oder sind sogar zurückgegangen. Ausschlaggebend ist dafür vor allem der schwache Zuwachs in der Gewerbesteuer aufgrund der schwachen konjunkturellen Gesamtlage. Künftig dürften weitere Steuermindereinnahmen durch den Investitionsbooster der Bundesregierung hinzukommen, befürchten die kommunalen Spitzenverbände.

Dass die Lage der kommunalen Haushalte flächendeckend schlecht ist, zeigt der Vergleich der Flächenbundesländer in Pro Kopf-Zahlen. Lediglich Thüringens Kommunen weisen einen leicht positiven Finanzierungssaldo auf. Das Saarland liegt an Platz zwei, mit einer durchschnittlichen Deckungslücke je Einwohner von 79 Euro. Besonders hervorstechend sind die hohen negativen Finanzierungssalden in wirtschaftlich vermeintlich gesunden und prosperierenden Ländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.



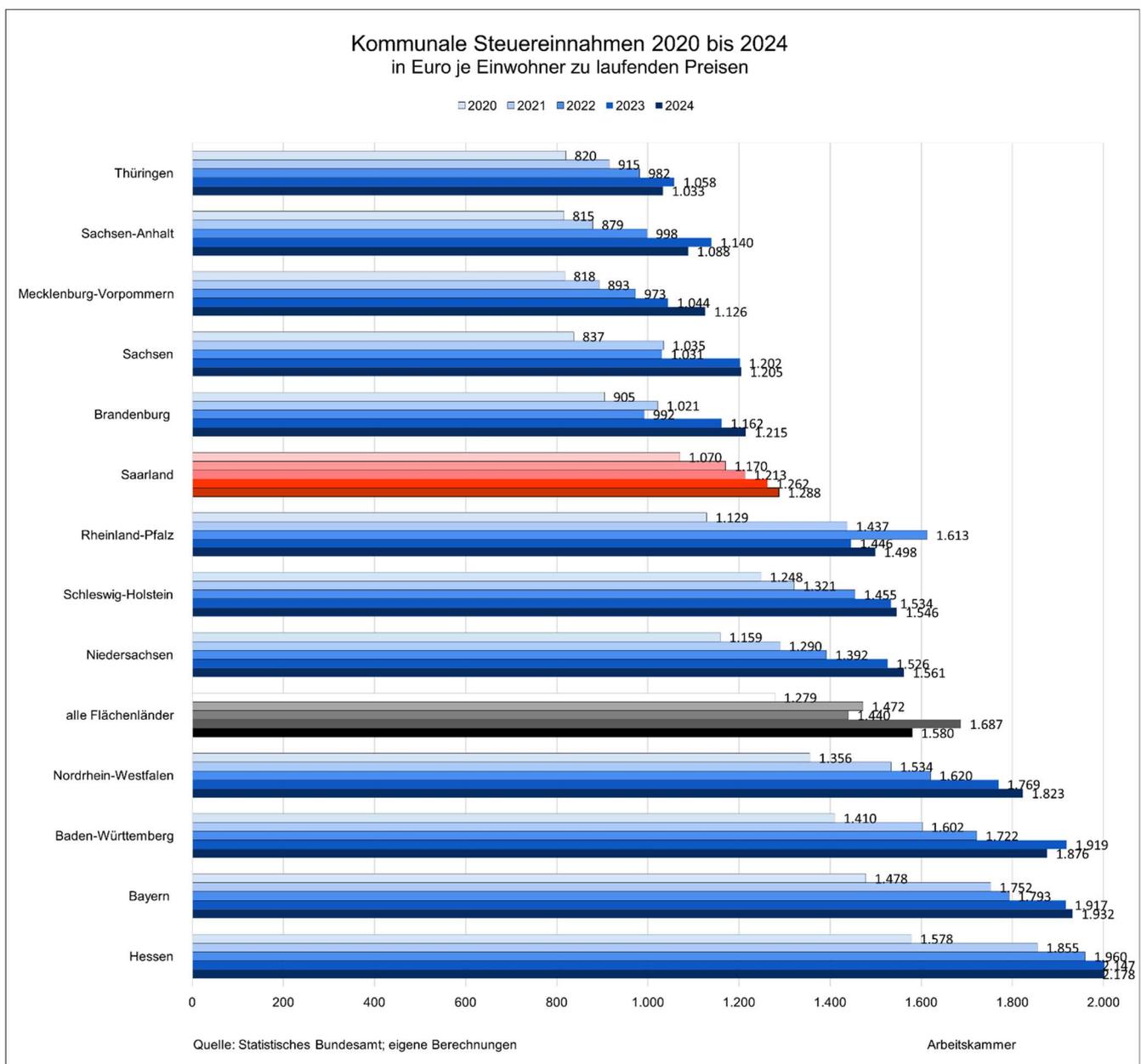
Dabei scheint die Größe der Deckungslücke nicht mit der Entwicklung der Steuereinnahmen korreliert, sondern mit der starken Steigerung der verbindlichen Ausgaben. Die saarländischen Kommunen konnten den Schaden in dieser sich anbahnenden kommunalen Finanzkrise begrenzen. Das spricht nicht so sehr für üppige Finanzmittel als eher für große Erfahrung in der Mangelwirtschaft im Saarland. Während in Ländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen das kommunale Investitionsniveau weiterhin hochgehalten wird, fällt dieses im Saarland und Thüringen deutlich niedriger aus. So investieren bayerische Kommunen auch 2024 rund doppelt so viel pro Kopf wie die saarländischen und widerstehen damit der Kürzung von Investitionen zugunsten eines weniger hohen Defizits.

Insgesamt müssen die Werte für die deutschen Kommunen jedoch Sorgen über die Zukunft der Daseinsvorsorge in Deutschland wecken. Sollten sie in den kommenden Jahren weiterhin ähnliche Deckungslücken verzeichnen, sind Kürzungen bei Investitionen und freiwilligen Aufgaben wie Kultur absehbar. Auch wegen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse müssen so bald wie möglich neue Einigungen über das Konnexitätsprinzip und die Finanzierung der kommunalen Aufgaben getroffen werden.

2. Steuereinnahmen der Kommunen

Im Flächenländerdurchschnitt nahmen die Steuereinnahmen der Kommunen je Einwohner im Jahr 2024 um 107,- Euro von 1.687,- Euro auf 1.580,- Euro ab. Während Thüringen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg Steuerrückgänge verzeichnen, stagnierten die Einnahmen in Sachsen, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Niedersachsen, Bayern und Hessen. Signifikante Zuwächse der kommunalen Steuereinnahmen gab es in keinem Bundesland. Die schwachen Steuereinnahmen konnten deshalb die gestiegenen Ausgaben nicht abfedern.

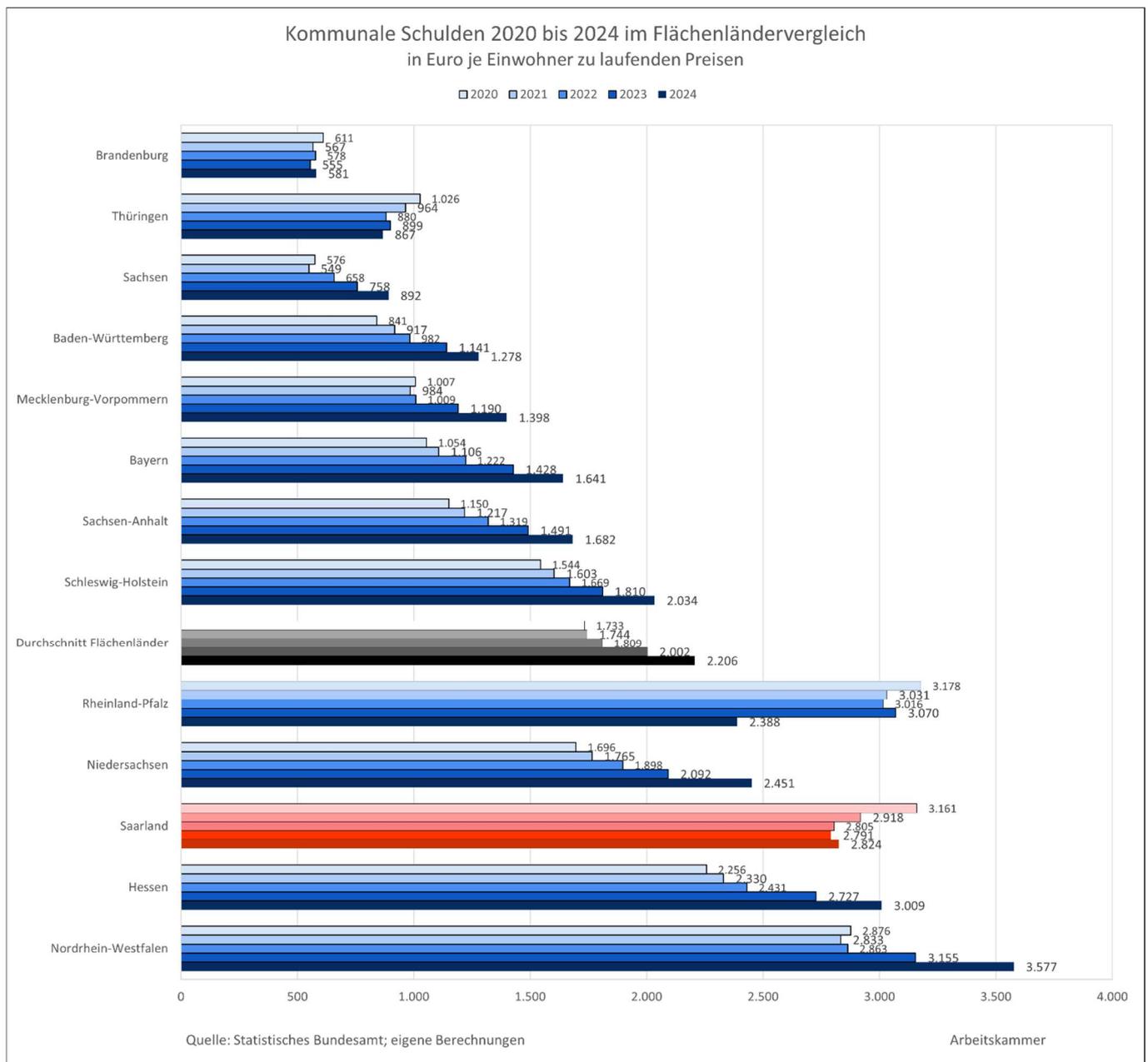
Insgesamt hat die schwache Konjunktur zusammen mit den steigenden Ausgaben einen negativen Effekt auf die Finanzierungssalden der Kommunen. Insbesondere die gemeindeeigenen Steuern, also Gewerbe- und Grundsteuer, verzeichnen im Jahr 2024 kaum Zuwächse gegenüber 2023. Die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage drückt sich aber auch in den stagnierenden Anteilen der Kommunen an der Einkommen- und Umsatzsteuer aus.



3. Schulden der Kommunen

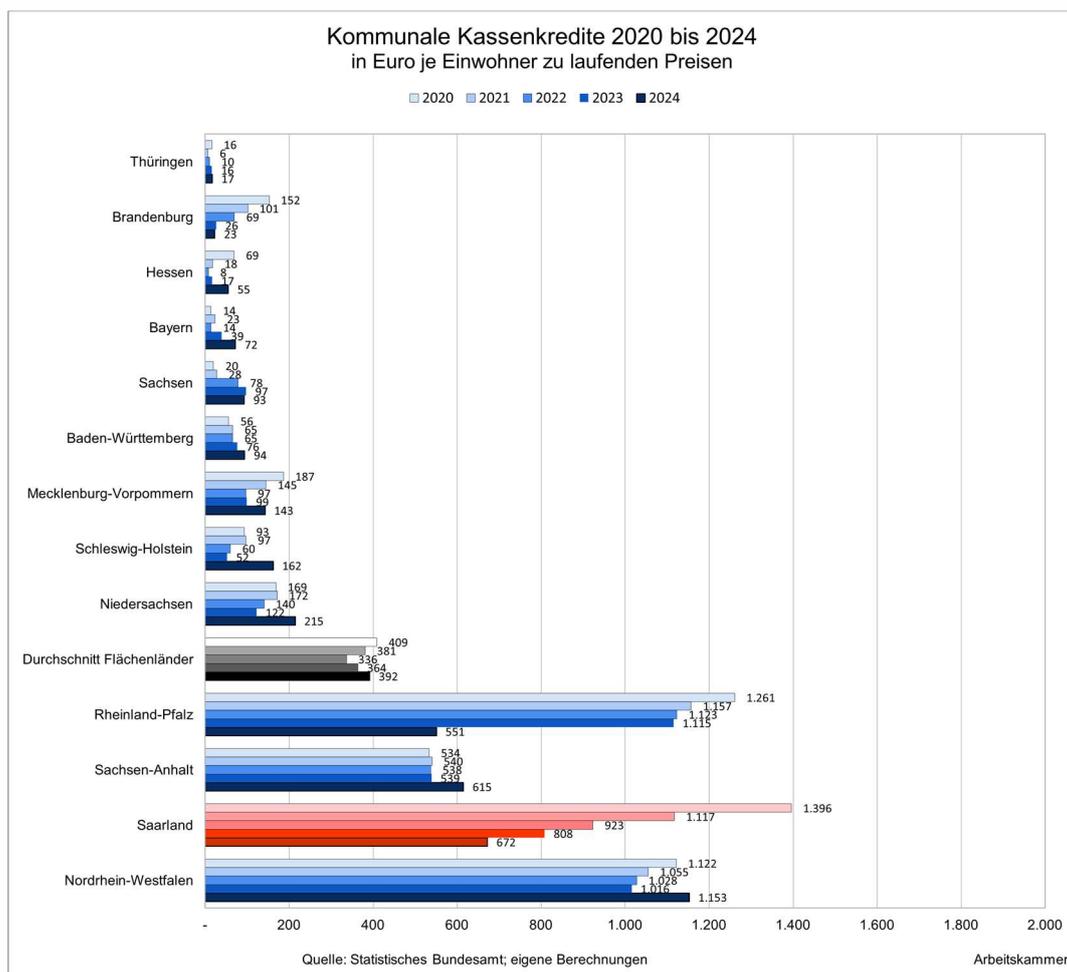
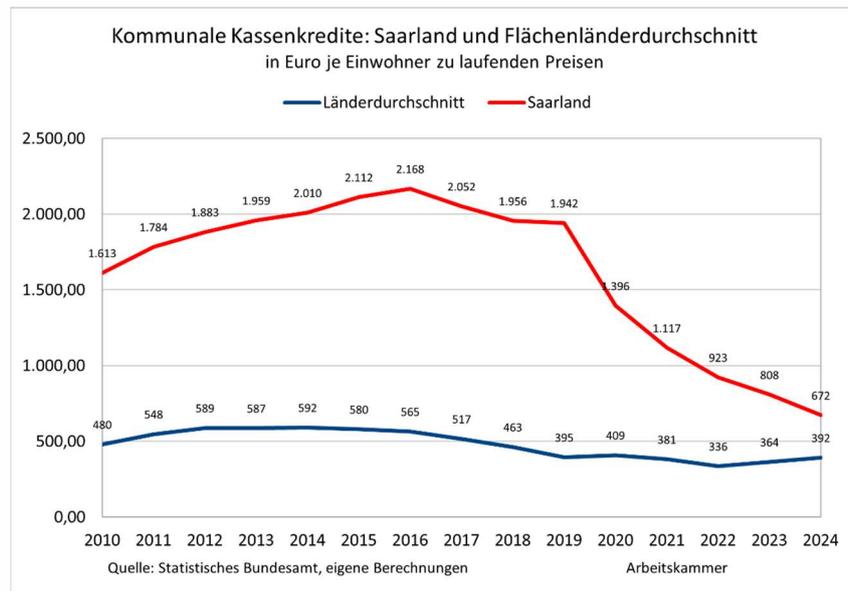
Konsequenz der negativen Finanzierungssalden der Kommunen sind bundesweit steigende kommunale Schulden. Im Flächenländerdurchschnitt nahmen die kommunalen Schulden um 10,2 % von 2.002,- auf 2.206 Euro je Einwohner zu. Nur in Thüringen und Rheinland-Pfalz nahm die kommunale Verschuldung Pro-Kopf ab, in Brandenburg und dem Saarland stieg sie nur leicht an. In allen anderen Bundesländern ist die kommunale Finanzsituation von kräftigen Zuwächsen geprägt.

Das Saarland liegt weiterhin wie schon 2023 an Platz drei der Länder mit den meistverschuldeten Kommunen, die sprunghaften Schuldenanstiege der Kommunen in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen machen es zu einer Frage der Zeit, bis in mehr Bundesländern die finanzschwachen Kommunen dominieren. Zwar ist die Verschuldungssituation der Kommunen in wirtschaftlich starken Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern noch deutlich unter dem Flächenländerdurchschnitt, die Anstiege in deren Verschuldung zeigen jedoch die Dramatik der bundesweiten kommunalen Finanzsituation.



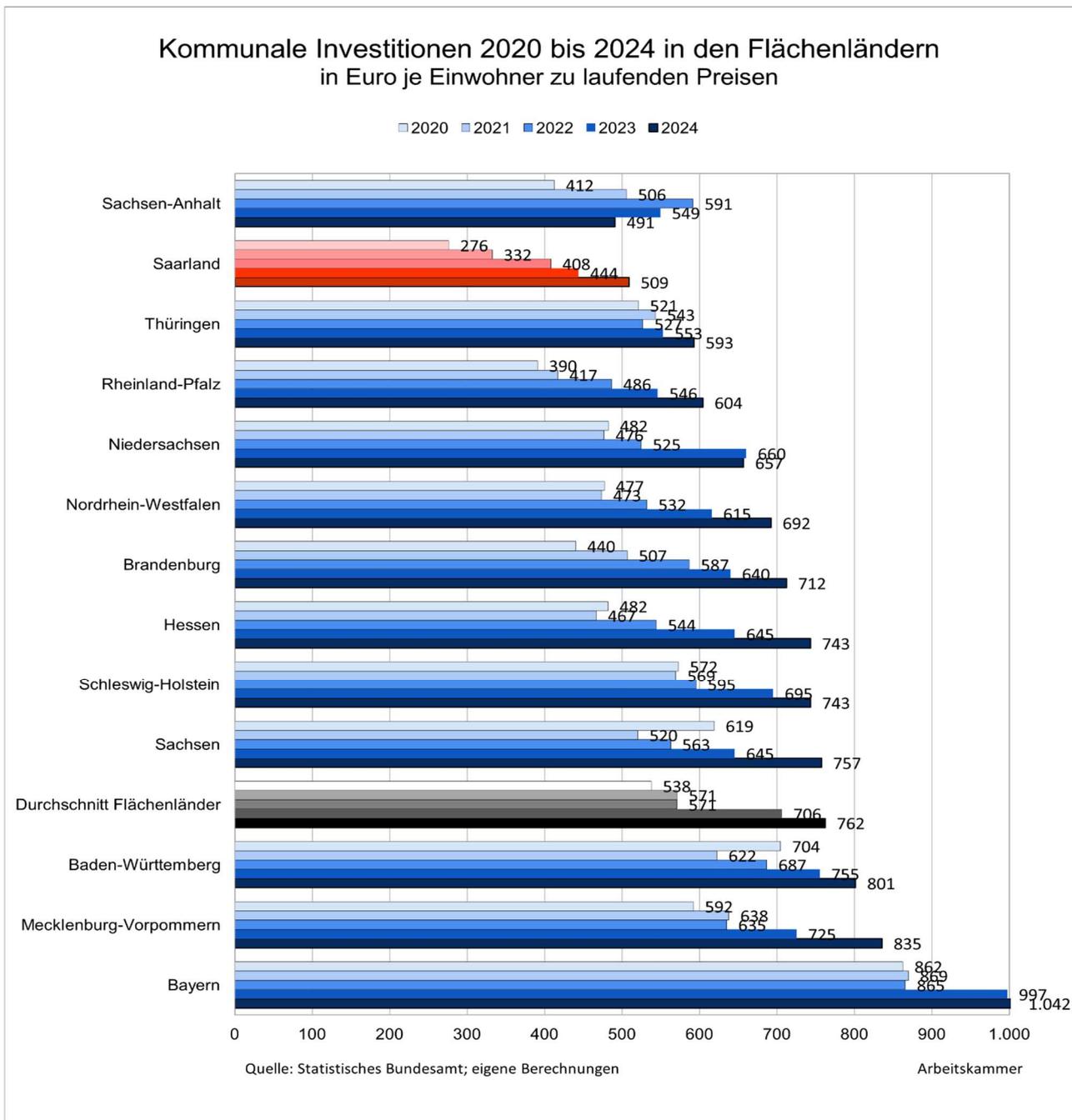
4. Kommunale Kassenkredite

Bei den Kassenkrediten ist dem Saarland – eine Langzeitwirkung des Saarlandpaktes – eine weitere Rückführung der kommunalen Kassenkredite gelungen. Diese liegen immer noch deutlich über dem Flächenländerdurchschnitt. Wegen des Anstiegs der kommunalen Kassenkredite in anderen Ländern tragen die Rückführungspolitik im Saarland wie auch die bundesweiten großen Deckungslücken zu einer Annäherung beider Werte bei.



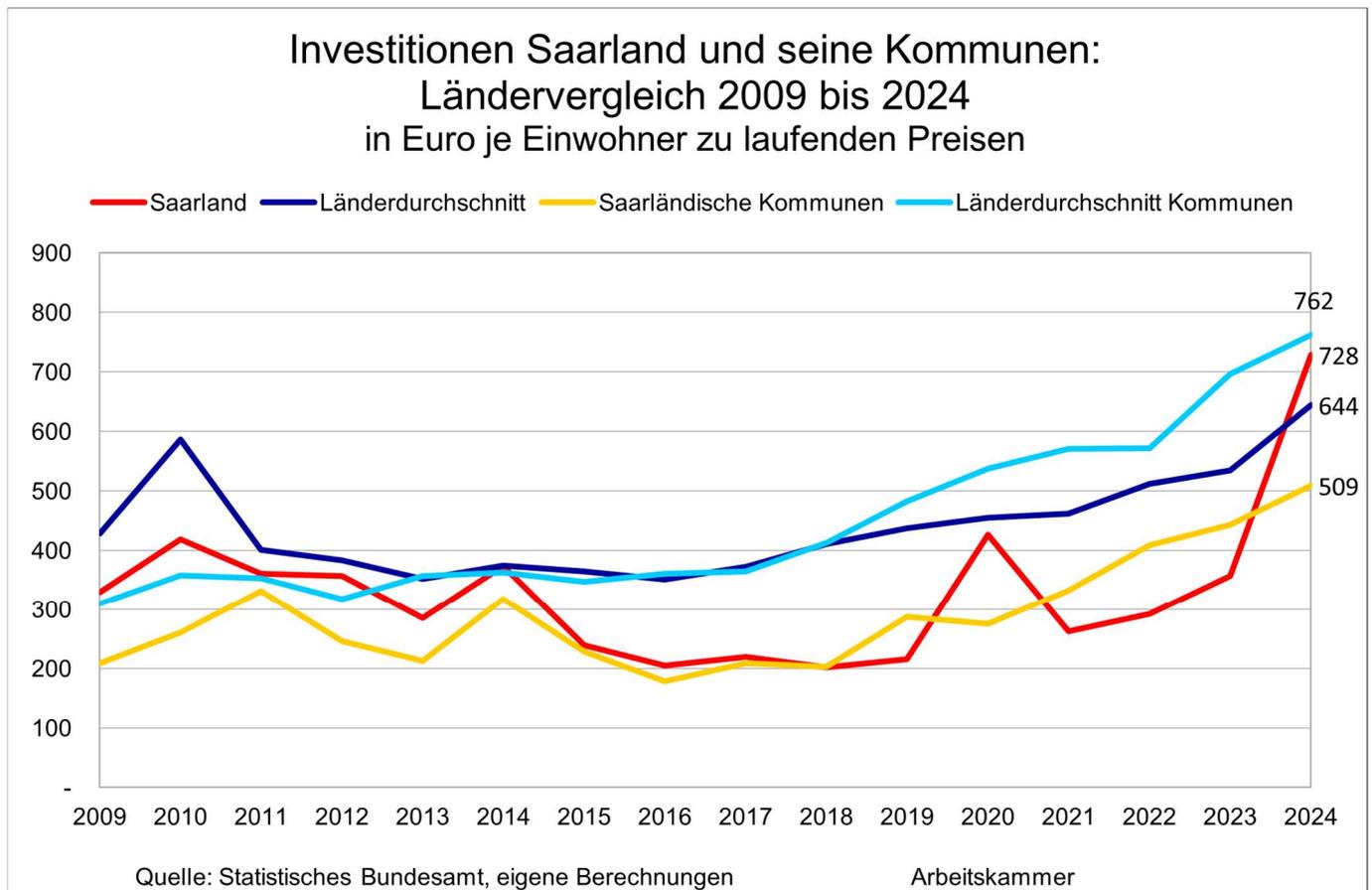
5. Investitionen der Kommunen

Der Anstieg der kommunalen Schulden ist neben den gestiegenen laufenden Ausgaben auch in der andauernden Ausweitung der kommunalen Investitionen begründet. Die Erneuerung der kommunalen Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist eine seit Jahren von Politik und Wirtschaftswissenschaft geforderte Kernaufgabe der öffentlichen Hand. Im Durchschnitt der Flächenländer stiegen die Kommunalinvestitionen um 9,3 %. Im Saarland betrug die Steigerung von 2023 auf 2024 sogar 14,6 %. Das Saarland liegt, trotz des gemäßigten Anstiegs der kommunalen Schulden, damit zwar nicht mehr auf dem letzten Platz der Flächenländer wie 2023. Hinter dem Saarland liegt nun Sachsen-Anhalt, dessen Kommunen 2023 und 2024 rückläufige Investitionszahlen aufweisen. Dennoch kann das Saarland nicht an den Flächenländerdurchschnitt anknüpfen, der rund 50 % höher liegt, oder gar an den Spitzenreiter Bayern, dessen Kommunen die doppelte Summe je Einwohner wie die saarländischen Kommunen investieren.



6. Investitionen von Land und Kommunen

Vergleicht man die 15-jährigen Langzeittrends der kommunalen und Landesinvestitionen zwischen 2009 und 2025, haben sich die saarländischen Kommunen vom Flächenländerdurchschnitt bei den Kommunalinvestitionen seit dem Jahr 2011 weg entwickelt. Die dauernde kommunale Finanzschwäche hat es den saarländischen Kommunen nicht erlaubt, die Investitionen so auszuweiten, dass sie annähernd dem Flächenländerdurchschnitt entsprächen. Deshalb muss von einem deutlich niedrigeren Gesamtniveau als in anderen Ländern ausgegangen werden. Bei einer derart deutlichen Lücke im kommunalen Investitionsgeschehen seit 13 Jahren ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Saarland anzuzweifeln. Diese dürften auf deutlich geringerem Niveau als in anderen Teilen Deutschlands liegen, insbesondere, wenn es um den Zustand kommunaler Einrichtungen wie Schulen, Sportstätten, Schwimmbädern, oder das kulturelle Angebot in den Kommunen geht.

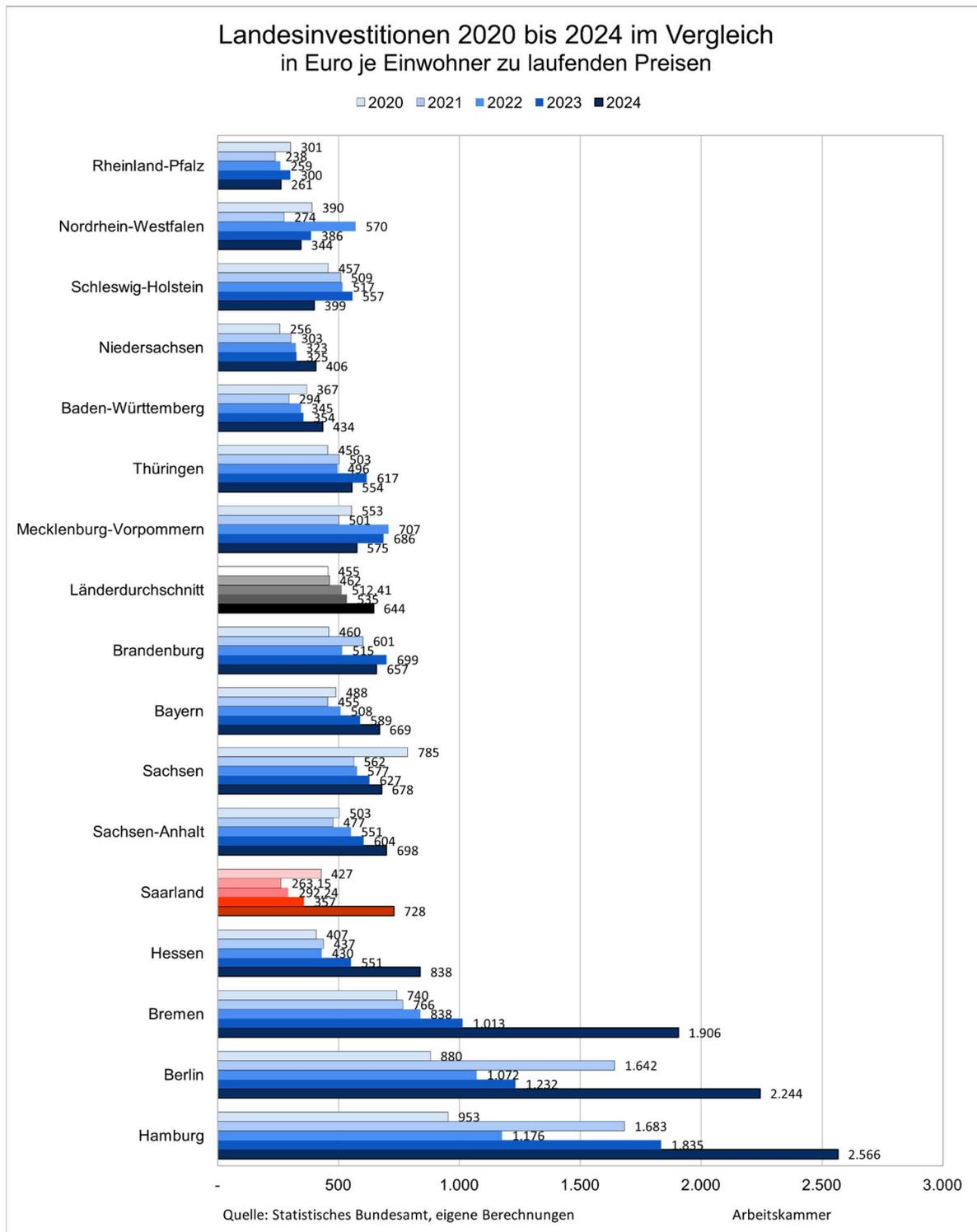


Die Landesinvestitionen sind dank der großen Bewilligungssummen im Transformationsfonds im Jahr 2024 deutlich nach oben geschossen und liegen nun über dem Durchschnitt der Bundesländer. Nach 13 Jahren könnte das Saarland so den Anschluss an die Durchschnittsinvestitionen der Bundesländer schaffen. Da die Mittel des Transformationsfonds jedoch bis spätestens 2028 verausgabt sein sollen, ist damit zu rechnen, dass nach dem Auslaufen des Transformationsfonds das Niveau an Landesinvestitionen wieder deutlich sinken wird, wenn sich an der Einnahmensituation nichts deutlich verändern sollte.

Insgesamt befinden sich die Landesinvestitionen in Deutschland in einem Aufwärtstrend, der sich seit 2023 deutlich verstärkt hat. Dauerhaft sollte das Saarland den Schwung aus dem Transformationsfonds in einen Trend zur Anhebung des Investitionsniveaus ausnutzen.

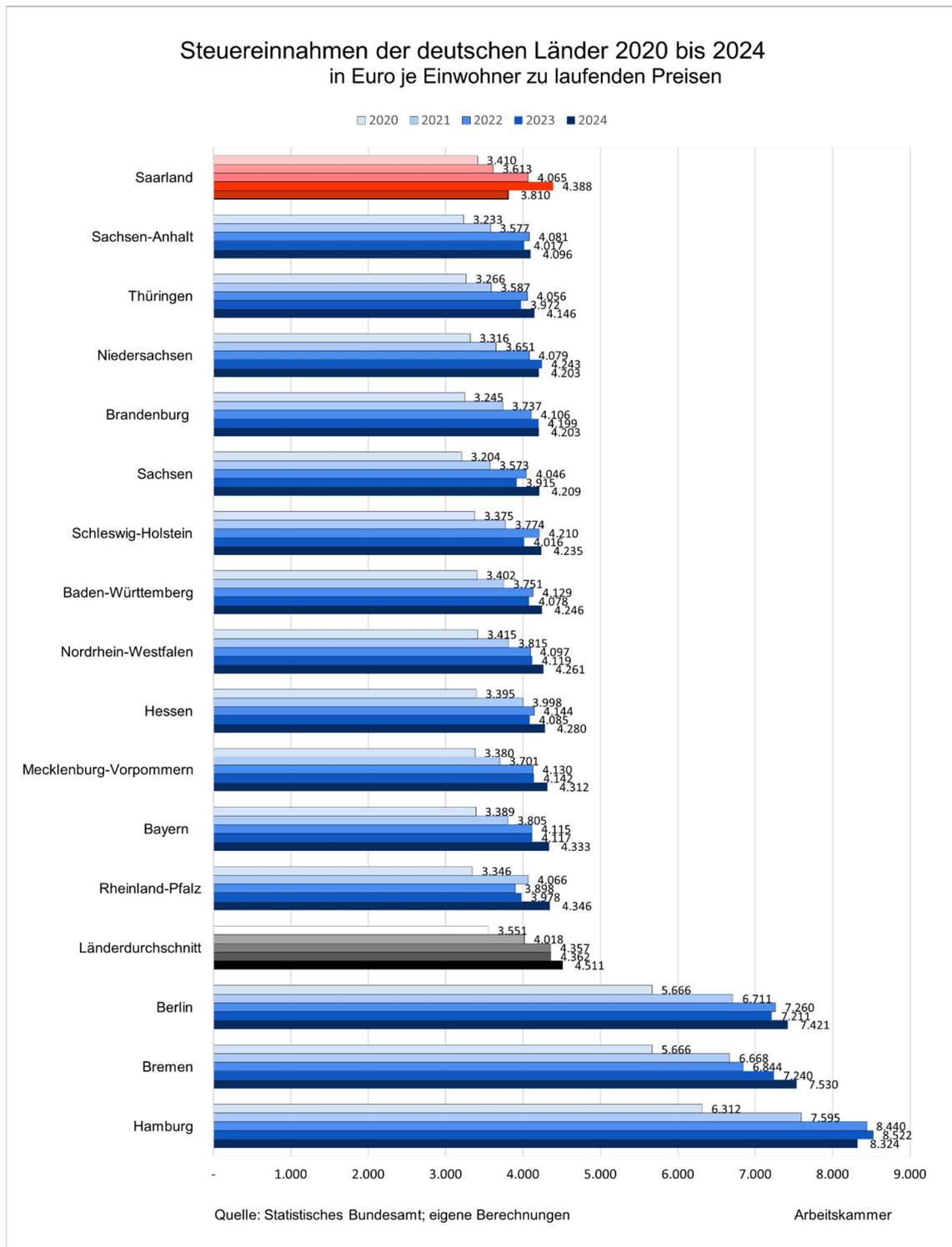
7. Investitionen des Landes

Befand sich das Saarland 2023 noch auf dem drittletzten Platz bei den Landesinvestitionen, so katapultieren die Investitionen des Transformationsfonds das Land 2024 auf den fünften Rang nach den Stadtstaaten und Hessen. Das Saarland liegt mit 728,- Euro 13 % über dem Länderdurchschnitt von 644,- Euro je Einwohner. Das bedeutet mehr als eine Verdopplung der Landesinvestitionssumme im Vergleich zu 2023. Das Land sollte anzielen, das Niveau nach der Abwicklung des Transformationsfonds um die 700,- Euro je Einwohner oder bei über 10% des Landeshaushalts zu halten.



8. Steuereinnahmen des Landes

Das Saarland rutscht nach dem Sondereffekt der Steuerzuteilung nach den Zensusdaten 2023 mit einem Betrag je Einwohner von 4.388,- Euro wieder auf den letzten Rang bei den Steuereinnahmen. Die schwache Konjunktur und die massiven transformativen Prozesse im Saarland führten im Jahr 2024 zu einem Rückgang um 13,2 % auf 3.810,- Euro je Einwohner. In fast allen Bundesländern führen moderate Zuwächse zu einem von 4.362,- im Jahr 2023 auf 4.511,- Euro im Jahr 2024 um 3,4 % angewachsenen Länderdurchschnitt je Einwohner.



9. Schulden des Landes

Das Saarland ist im Vergleich der Bundesländer immer noch das am vierstärksten verschuldete Flächenland, gemessen an der Schuldenlast je Einwohner. Nur die Stadtstaaten haben eine größere Schuldenlast. Insgesamt ist die Schuldenlast je Einwohner im Länderdurchschnitt von 7.102,- auf 7.273,- Euro je Einwohner um 2,1 % gestiegen. Im Saarland betrug das Wachstum von 2023 zu 2024 6,1 %. Nach der Rückführung der Schulden in den Jahren 2022 und 2023 dürfte das erneute Anwachsen auf die sehr schlechten Steuereinnahmen des Landes zurückzuführen sein. Immer noch liegen die Schulden je Einwohner des Saarlandes von 13.697,- Euro um 88,3 % über dem Länderdurchschnitt von 7.273,- Euro. Wegen der Überwachungspflichten im Rahmen der Sanierungshilfe ist eine rigide Haushaltsführung im Kernhaushalt vorprogrammiert, die – insbesondere für die Zeit nach dem Auslaufen des Transformationsfonds – zu erheblichen Engpässen führen dürfte.

